

ob er sich gut mit Paul Kagame verstehen würde. Letzterer scheint es mit dem Kampf gegen Korruption ernst zu meinen, so zumindest die Einschätzung meines senegalesischen Kollegen. Im Senegal wird die neu entwickelte nationale Antikorruptionsstrategie ihre erste Probe bestehen müssen, wenn am 24. Februar 2019 Präsidentschaftswahlen sind.

Nach meinem Mercator-Jahr und der Arbeit bei Weltbank und Vereinten Nationen werde ich oft gefragt: Was hilft denn nun gegen Korruption, wie bekämpft man das? Wäre Korruption tatsächlich ein Krebsgeschwür, wie es der ehemalige Präsident der Weltbank James Wolfensohn 1996 beschrieben

Strategisch kluge Partnerschaften bilden und den Nutzen erkennbar machen

hat, würde es mittlerweile vielleicht eine Behandlung geben, mit der die „Krankheit“ Korruption aus einer Gesellschaft entfernt werden könnte. Tatsächlich sind die Phänomene, die unter die Sammeldefinition von Korruption fallen, viel diverser und auf

komplexe Weise in einer Gesellschaft verankert. Eine klare Problemanalyse findet von Seiten der internationalen Organisationen nicht immer statt – und wenn doch, dann kann es sein, dass die jeweiligen Entscheidungsträger in dem Land kein Interesse an Veränderung haben. Daraus zu schließen, dass Korruption und damit zusammenhängende Menschenrechtsverletzungen ignoriert werden sollten, wäre falsch und wahrscheinlich würde man sich mitschuldig machen.

Die beste Option ist immer noch, strategisch kluge Partnerschaften zu bilden, nämlich dort, wo es ähnliche Interessen gibt. Das können Organisationen der Zivilgesellschaft sein, Vertreter von Religionsgemeinschaften und immer häufiger auch Vertreter des Privatsektors. Dies wäre auch meine Antwort auf die Frage nach der Bekämpfung von Korruption. Sie hat dann eine Chance auf Erfolg, wenn es gelingt, möglichst viele Akteure aus unterschiedlichen Bereichen dafür zu gewinnen – und wenn alle den Nutzen der Korruptionsbekämpfung für sich erkennen. • •

[Simon Gewölb untersuchte die Bekämpfung von Korruption zum Schutz der Menschenrechte.](#)

Miteinander reden

In Kolumbien sollen „Mesas de Garantías“ Aktivisten nachhaltig schützen

Tilman Papesch | „¡El pueblo no se rinde – carajo!“ (die Bevölkerung gibt nicht auf, verdammt nochmal) schallt es am Abend des 6. Juli 2018 durch die Straßen der kolumbianischen Stadt Cali. Ich schaue mich um und sehe in wütende Gesichter von Mitdemonstranten des landesweiten Protestmarschs gegen die Ermordung von Aktivistinnen und Aktivisten. Das seit Jahren drängende Thema erhält erst seit Kurzem gesteigerte Aufmerksamkeit, da die Zahlen

der Getöteten enorm ansteigen und Straffreiheit für Aggressoren quasi omnipräsent ist. Doch wer steckt hinter den Verbrechen und warum scheint der kolumbianische Staat macht- beziehungsweise willenlos zu sein angesichts der mehr als 300 ermordeten Aktivisten seit Unterzeichnung des Friedensabkommens im September 2016?

Quasi über Nacht entstand ein Machtvakuum

Während die politische, soziale und ökonomische Wiedereingliederung der ehemaligen Kämpfer von der größten Guerilla „FARC-EP“, mit der das Friedensabkommen geschlossen wurde, weitestgehend gut funktioniert, spürt die Zivilgesellschaft in den meist ländlichen Regionen wenig von dem seither vermeintlich bestehenden „Frieden“. Auch nach dem Tod Pablo Escobars und dem Zerfall der in den 1990er Jahren weltweit agierenden kolumbianischen Drogenkartelle bleibt das südamerikanische Land Kokainproduzent Nummer eins. Durch die bis 2016 agierende FARC, die ihren gewaltsamen Widerstand hauptsächlich durch Kokainproduktion und -export finanzierte, gab es jedoch in den ländlichen Regionen Kontrolle durch eine nichtstaatliche Autorität.

Wer macht was? Das Kokaingeschäft ist eine Gemengelage bewaffneter Akteure

Mit dem Niederlegen der Waffen entstand praktisch über Nacht ein Machtvakuum in diesen Gebieten, das die Regierung nicht ansatzweise füllen konnte. In der Folge konnten sich kleinere bewaffnete Akteure, meist unpolitischer und skrupelloser als die linke FARC, in diesen Teilen des Landes ausbreiten und das lukrative Kokaingeschäft übernehmen. In dieser Gemengelage aus Paramilitärs, so genannten „Autodefensas“, Guerillagruppen wie der ELN, Drogenkartellen, teilweise aus Mexiko, aber auch dem Militär ist es nahezu unmöglich nachzuvollziehen, wer mit wem Geschäfte treibt und dadurch das politische Geschehen unterwandert. Leidtragend ist in erster Linie die Bevölkerung: Sie wird ausgebeutet, um Land betrogen, zwangsrekrutiert und zum Koka-Anbau gezwungen. Wenn Aktivisten dagegen aufstehen und Menschenrechte einfordern, antworten die Widersacher häufig schnell und präzise – aber leider nicht mit Worten. Wie aber Menschenrechtsverletzungen anzeigen, wenn lokale staatliche Autoritäten mit Paramilitärs in einem Boot sitzen?

Es ist der 26. Juli 2018, ich befinde mich in San Juan de Pasto in der Lobby eines Hotels, das wir angemietet haben, und erkläre einem uneinsichtigen Vertreter des Militärs, dass er bewaffnet nicht an der Veranstaltung teilnehmen darf. Er ist angereizt, um am Forum für die Aktivierung der Dialogplattform „Mesa de Garantías“ teilzunehmen. Die Plattform soll Aktivisten die Möglichkeit bieten, im anonymen, sicheren und neutralen Umfeld mit ranghohen staatlichen Akteuren an der Situation im Department Nariño im Südwesten Kolumbiens zu arbeiten. Das Forum will die derzeitige Lage thematisieren und von der lokalen Regierung eine verbindliche Zusage bekommen, einen „Mesa de Garantías“ zum Schutz von Aktivisten einzurichten. Dieses Format hat bereits in anderen kolumbianischen Departamentos und

auf nationaler Ebene gezeigt, dass es erfolgreich sein kann, wenn der entsprechende politische Wille vorhanden ist.

Schutz, Prävention und Ermittlung

Grundsätzlich besteht die Plattform aus drei Arbeitsgruppen: Schutz, Prävention und Ermittlung. Die Arbeitsgruppe Schutz unter Beteiligung der Polizei und der staatlichen Schutzeinheit für Aktivisten UNP (Unidad Nacional de Protección) entwickelt und stärkt Möglichkeiten für bedrohte Aktivisten,

Zum Abschluss des Forums wird verkündet, eine Dialogplattform einzurichten

Schutzmechanismen wie Personenschutz oder Umzug in andere Landesteile in Anspruch zu nehmen. Die Arbeitsgruppe Prävention arbeitet daran, dass Strategien zur Verbrechensvereitelung zum Beispiel durch Frühwarnsysteme implementiert werden.

Ermittlungen in Fällen von Menschenrechtsverletzungen und einen Raum, um Verletzungen anzuzeigen, bietet die Arbeitsgruppe Ermittlung unter Beteiligung der Staatsanwaltschaft.

UNDP, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, mit dem ich zusammenarbeite, und andere internationale Organisationen treten in diesem Kontext als neutrale, finanzielle und organisatorische Unterstützer auf. Es soll zwischen Staat und Zivilgesellschaft vermittelt werden, was in vielen Fällen eine hohe Frustrationstoleranz erfordert. Doch diese zahlt sich aus. Zum Abschluss des Forums verkündet die Lokalregierung die Absicht, die Dialogplattform gemeinsam mit Repräsentanten zivilgesellschaftlicher Organisationen zu aktivieren. Wahrscheinlich ist es noch ein weiter Weg, bis diese politische Entscheidung die Ermordung eines Aktivisten verhindern kann, weil das Militär einen effizienten Schutz vor Aggressoren bietet. Aber es liegt in der Verantwortung des Staates, die Einhaltung der Menschenrechte zu gewährleisten, und somit ist er ein unabdingbarer Verbündeter.

Rechte dauerhaft schützen

Zurück in Cali: Die hohe Beteiligung an der Demonstration stimmt etwas hoffnungsfroh, obwohl der neugewählte Präsident Ivan Duque das ultrarechte Lager vertritt und vor allem für seine enge Partnerschaft mit der Wirtschaft, die häufig Paramilitärs unterstützt, bekannt ist. Doch die Zivilgesellschaft bringt die aktuelle sicherheitspolitische Problematik auf die Agenda und fordert damit eine auf Dauer angelegte Beschäftigung auf nationaler Ebene.

Jetzt ist es wichtig, dass insbesondere in diesem neuen politischen Kontext die Organisationen nicht resignieren, sondern weiter kämpfen. Und so zünde ich eine Kerze der Solidarität an, halte sie in der Hand und lasse mich von der Menge weitertragen. Hoffentlich gibt die Bevölkerung nicht auf: ¡carajo! ••

Tilman Papesch arbeitete in seinem Kolleg-Jahr zum Schutz von Menschenrechtsaktivisten.